

Ordentlicher Parteitag 25./26. Oktober 2008, Aarau

Ja zur Weiterführung und Erweiterung der Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union (EU)

Mario Fehr, Nationalrat ZH, Mitglied der Aussenpolitischen Kommission

Es gilt das gesprochene Wort!

Wenn die letzten Wochen inmitten der globalen Finanzkrise eines gezeigt haben, dann das: Es gibt keinen Weg zurück in die Zeiten der Nationalstaates, in der jedes Land nach seiner eigenen Lösung für global auftretende Probleme suchen konnte. Die vermeintlichen Vordenker aus Wirtschaft und bürgerlichen Parteien haben ja sehr lange behauptet – und sie tun es teilweise immer noch, wenn auch deutlich leiser –, dass die Schweiz eine Insel der Glückseligen sei. Sie haben uns gesagt, dass dann schon alles gut für uns käme, wenn wir inmitten der Finanzkrise nur ganz fest und tapfer schwiegen und an die heilsamen Kräfte des absoluten freien Marktes glauben würden. Wir alle wissen: Sie haben sich getäuscht. Und zwar gründlich. Die ganz grosse Herausforderung des 21. Jahrhunderts lautet deshalb, weltweit auftretende Probleme gemeinsam zu bewältigen – ich füge hinzu: am besten durch sozialdemokratische Politik. Und eines ist klar: Eine globalisierte Welt braucht ein soziales Europa.

Ein soziales Europa engagiert sich für den Frieden: Die Zukunft des Balkans beispielsweise ist europäisch oder gar nicht. Ein soziales Europa engagiert sich für die Ökologie: Die EU ist der grösste fortschrittliche Player in der Umweltpolitik. Ein soziales Europa engagiert sich für die Menschenrechte: Die EU hat die Kraft für einen Dialog mit China und Russland und auch zu einer Auseinandersetzung mit Amerika. Wobei wir natürlich alle hoffen, dass letzteres nach dem 4. November nicht mehr notwendig sein wird. Und ein soziales Europa hilft mit, die Finanzkrise zu bewältigen, deren soziale Folgen zu lindern und zukunftsgerichtete Investitionen jetzt zu tätigen. Die Schweiz profitiert von diesem Europa, keine Frage. Wir sollten deshalb endlich mehr Verantwortung übernehmen: Wir sollten dieses soziale Europa mitgestalten und nicht nur darauf warten, dass andere das für uns tun.

Bei der Abstimmung am 8. Februar 2009 geht es noch nicht um eine solche Mitgestaltung, aber immerhin um eine sehr intensive Zusammenarbeit in Europa: Es geht um die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit den bisherigen Staaten der EU und um deren Ausweitung auf Bulgarien und Rumänien. Und weil die Fortführung der Personenfreizügigkeit mit den bisherigen Staaten zwingend verknüpft ist mit allen Verträgen aus dem Paket Bilaterale I, geht es letztlich um nicht mehr und nicht weniger als die bilateralen Verträge als Ganzes.

Die Personenfreizügigkeit bildet das Rückgrat der bilateralen Verträge und unserer derzeitigen Beziehungen zur EU überhaupt. Es gibt keine Personenfreizügigkeit „à la carte“ und wer sagt, dass wir diese beispielsweise den neuen EU-Mitgliedern Rumänien und Bulgarien verweigern und dann trotzdem weiterhin bilaterale Verträge mit der EU haben könnten, der sagt uns nicht die Wahrheit.

Eine Ungleichbehandlung ihrer Mitglieder würde die EU niemals akzeptieren. Wir würden ja auch nie und nimmer eine Ungleichbehandlung unserer Kantone akzeptieren. Und dies völlig zu Recht. Es war deshalb nur logisch und ehrlich und demokratisch, dass die Frage nach der Weiterführung und Erweiterung der Personenfreizügigkeit auch in einer Frage gestellt wird. Diese lautet klipp und klar: Wollen wir die Personenfreizügigkeit mit der ganzen EU oder wollen wir sie nicht? Etwas anderes ist nicht zu haben. Die SP steht ein für eine ungeteilte Personenfreizügigkeit mit der EU und dies mit Überzeugung.

Die Personenfreizügigkeit ist eine Erfolgsgeschichte für unser Land: Sie und mit ihr die bilateralen Verträge sind für unsere Exportwirtschaft überlebensnotwendig. Jeder 3. Franken wird im Handel mit der EU verdient. Wer das Erreichte in schwierigen Zeiten gefährdet, der handelt grobfahrlässig. Wir exportieren übrigens deutlich mehr in die neuen EU-Länder im Osten Europas, als dass wir von ihnen importieren. Dies gilt insbesondere auch für Rumänien und Bulgarien.

Die Personenfreizügigkeit ermöglicht es allen Schweizerinnen und Schweizer, sich für eine Arbeitstätigkeit in der EU nieder zu lassen und rund 400'000 Schweizerinnen und Schweizer tun dies auch.

Und durch die Personenfreizügigkeit kommen die für unsere Wirtschaft notwendigen Arbeitskräfte. Es ist dabei das Verdienst der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, dass jede Öffnung hin zu Europa immer auch von griffigen flankierenden Massnahmen begleitet worden ist, und dies wird auch in Zukunft so sein. Wir haben im Parlament – zusammen mit Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen – verbindliche Regeln für den Arbeitsmarkt durchgesetzt, die Wildwüchse verhindern sollen. Und wir sorgen dafür, dass diese Regeln dann auch umgesetzt werden. So wird es beispielsweise verbunden mit dieser Vorlage neu 20 Prozent mehr Inspektoren geben, 180 statt 150 wie bisher, um die flankierenden Massnahmen auch wirklich richtig vollziehen zu können. Mit Blick auf die bevorstehende Abstimmung gelang es den Sozialpartnern zudem, im Bauhauptgewerbe wieder einen Landesmantelvertrag durchzusetzen. Und neu wird auch der in diesem Zusammenhang wichtige Personalverleih, d.h. die Temporärarbeit, von einem Gesamtarbeitsvertrag erfasst. Zudem haben wir lange Übergangsfristen für die Erweiterung der Freizügigkeit mit Bulgarien und Rumänien erhalten. Bis 2019. Eine solche Politik der kontrollierten Öffnung schafft Vertrauen.

Selbstverständlich werden die Ewiggestrigen aus der SVP – vereint mit AUNS und Schweizer Demokraten – auch dieses Mal ihren Isolationskurs fort führen. Besonders bemerkenswert ist hier die Haltung der SVP: Diese hat zuerst fast ja zur Weiterführung der Personenfreizügigkeit gesagt und fast nein zu deren Erweiterung. Dann wollten sie ganz plötzlich überhaupt nicht mehr mitentscheiden. Dann hat ein Teil der Partei das Referendum ergriffen und der andere Teil dieses bekämpft. Ja, und dann: Dann ist Blocher in die Ferien gegangen. Jetzt ist Toni Brunner noch ein bisschen ratlos, auch wenn er zwei oder drei Mal in die Ferien telefoniert haben soll. Sicher ist: Auch diese Ferien gehen einmal zu Ende. Dann werden sie zum Schluss einmal mehr Nein sagen. Sie werden auch diese Öffnung bekämpfen. So war es immer. Auch wenn dies zum Schaden der Schweiz ist. Und vollkommen unverantwortlich in einer Zeit, in der wir mehr als je in den vergangenen Jahrzehnten auf intakte Wirtschaftsbeziehungen mit unseren Nachbarn angewiesen

sind und darauf, dass unsere exportorientierten Unternehmungen ihre Aufträge im europäischen Raum behalten können.

Die Debatte über die Weiterführung und Erweiterung der Personenfreizügigkeit bis zur Volksabstimmung wird angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation eine heftige sein. Ich bin aber überzeugt davon, dass die Schweizerinnen und Schweizer die Personenfreizügigkeit und mit ihr die bilateralen Verträge erneut unterstützen werden. Aber nur wenn wir uns für diese mit voller Kraft engagieren.

Um diese Abstimmung zu gewinnen, braucht es mit Sicherheit dieses Mal mehr als altkluge Ratschläge von ehemaligen UBS-Verwaltungsräten wie Peter Spuhler. Und überhaupt viel weniger Wirtschaftskapitäne, die uns immer noch sagen wollen, wie die Wirtschaft läuft und dass es wichtig ist, dass wir das alle jetzt endlich begreifen. Damit ist es vorbei. Diese Belehrungen glaubt niemand mehr. Wir sowieso nicht.

Was es aber braucht, ist eine starke Kraft, die zeigt, dass wir nur gemeinsam mit Europa unsere Arbeitsplätze und unseren Wohlstand sichern können. Und dass wir uns dafür engagieren, dass bei uns und auch anderswo zu fairen Bedingungen produziert wird.

Es braucht eine verlässliche Kraft für die Öffnung der Schweiz und für die Zusammenarbeit mit Europa. Wir verteidigen die Personenfreizügigkeit als Grundlage für ein friedliches Europa. Dafür steht die Sozialdemokratie. Auch in diesem Land. Ich bin stolz darauf..